

Ohne Lösung der Berlin-Frage keine Entspannung

Ohne Lösung der Berlin- und Deutschland-Frage ist keine echte Entspannung möglich. Die bisherigen „sehr begrenzten“ Übereinkommen mit der Sowjetunion verdienen noch nicht, als Entspannung bezeichnet zu werden. Das betonte der amerikanische Außenminister Rusk gestern in New York.

Berlin und Deutschland würden solange Gefahrenherde bleiben, wie dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigert werde. Die Differenzen zwischen den westlichen Verbündeten über die nächsten Schritte bei den Entspannungs-bemühungen seien natürlich, besonders dann, wenn keine akuten Krisen zwischen Freunden und Partnern beständen.

Die Hauptaufgabe des Westens ist es nach den Worten des US-Außenministers, die Stärke und den Zusammenhalt der freien Welt auszubauen. Den sowjetisch-chinesischen Konflikt nannte Rusk „keinen kompletten Bruch“, obwohl die Meinungsverschiedenheiten offenbar grundlegend und weitreichend seien. Die Sowjets hätten zwar ihr Ziel der Weltrevolution nicht aufgegeben, nähmen jedoch in der Frage eines Kernwaffenkrieges eine vernünftige Haltung ein als die Chinesen.

Es könne aber keine Rede davon sein, gegenüber den sowjetisch-chinesischen Meinungsverschiedenheiten, die sich schnell ändern könnten, die Partei Moskaus zu ergreifen. Als hoffnungsvolle Zeichen sei neben dem scharfen Absinken der industriellen Wachstumsrate der Sowjetunion das Wiederaufleben nationalistischer Tendenzen in den osteuropäischen Satellitenländern anzusehen.

Als eine zweite Vorbedingung für eine Entspannung neben der Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage bezeichnete Rusk Fortschritte auf dem Gebiet der kontrollierten Abrüstung. Weitere Gefahrenherde seien Kuba und Südostasien. Die USA seien gegen alle Vorschläge, Südvietnam zu neutralisieren, doch habe bisher niemand eine solche Maßnahme vorgeschlagen. Eine einseitige Neutralisierung Südvietnams käme einem „Rezept für eine kommunistische Machtübernahme“ gleich.

klärung des Vorfalles und die Rückführung der Leichen der getöteten amerikanischen Offiziere.



Bundespräsident Lübke
in Berlin

Ein Grußwort richtete Bundespräsident Lübke nach seinem Eintreffen auf dem Flughafen Tempelhof an die Bevölkerung in der Zone und Ost-Berlins. Er bedauerte, daß es ihm nun nicht mehr möglich sei, wie vor der Errichtung der Mauer, mit vielen Besuchern aus dem Osten zu sprechen.

Sowjet-Jäger schoß das US-Flugzeug ab Johnson beruft Sonderkonferenz ein

Der Abschuß eines unbewaffneten amerikanischen Schulflugzeugs über der Sowjetzone, bei dem drei Offiziere den Tod fanden, hat zu einer kritischen Spannung zwischen Washington und Moskau geführt. Präsident Johnson berief überraschend führende Kongreßmitglieder ins Weiße Haus.

Über das Thema der Besprechung wurde amtlich nichts bekanntgegeben, doch verlautet von gut unterrichteter Seite, daß der von den Sowjets ausgelöste Zwischenfall und die daraus zu ziehenden Folgerungen erörtert wurden. In einem

scharfen Protest gegen den „kaltblütigen und unentschuld-baren brutalen Gewaltakt“ verlangte die USA-Regierung die Bestrafung der Schuldigen, die Zusammenarbeit der sowjetischen Militärbehörden mit amerikanischen Stellen bei der Auf-

Saturn schoß donnernd in den Himmel „Ein gigantischer Schritt vorwärts“

USA überrundeten Sowjetunion — 700 Tonnen Schubkraft

Führungsgremium der CDU tagte in Bonn

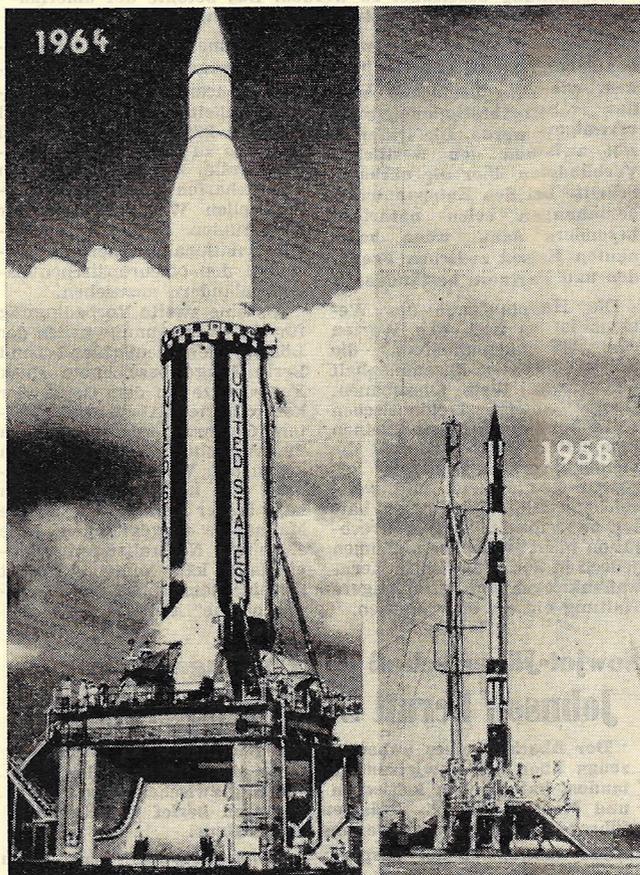
Unter Vorsitz des CDU-Vorsitzenden Adenauer trat am Sonnabend der Bundesausschuss der CDU in Bonn zusammen, um über die innen- und außenpolitische Lage zu beraten. Das Treffen der 120 CDU-Politiker diente auch der Vorbereitung des CDU-Parteitages, der Mitte März in Hannover stattfindet.

Wie es in einem nach der Tagung veröffentlichten Kommuniqué heißt, hat der Bundesausschuss die einhellige Auffassung vertreten, daß die bisherige Linie der deutschen Außenpolitik energisch fortgeführt werden müsse. Die Politik müsse weiterhin auf die enge Freundschaft mit Frankreich, die Einigung Europas und die Festigung der Stärkung der atlantischen Gemeinschaft gerichtet sein.

Bundeskanzler Erhard betonte, er stimme mit Adenauer darin überein, daß man der Sowjetunion keine langfristigen Kredite gewähren sollte. Die Schwierigkeiten in der Sowjetunion seien beachtlicher Art, und man stehe in Moskau vielleicht vor der Konsequenz, ob man die enormen Ausgaben und wirtschaftlichen Anstrengungen für das nukleare Raketenprogramm fortsetzen könne. Der Westen sollte nicht durch langfristige Kredite diesen Prozeß im Sinne der sowjetischen Politik begünstigen. An die Verbündeten richtete Erhard den Appell, jetzt nicht „in einem Wettlauf nach Moskau“ die Chancen des Westens zu verbauen. Erhard erinnerte an die geplante Gewährung eines britischen Kredits in Höhe von etwa einer Milliarde DM und an die Reise französischer Minister nach Moskau.

Kap Kennedy — Amerikas Raumfahrt-Wissenschaftler jubeln. Nach mehrmaligem Aufschub wegen technischer Schwierigkeiten gelang es am 29. Januar 1964 um 17.25 Uhr MEZ mit der zweistufigen „Saturn I“ den bisher schwersten künstlichen Satelliten der

Welt in eine Erdumlaufbahn zu schießen. Der Satellitenträger ist von der Mannschaft Wernher von Brauns entwickelt worden. Er besitzt eine Schubkraft von fast 700 Tonnen und hat die USA damit auf diesem Gebiet der Weltraumforschung an die erste Stelle gebracht.



VOR SECHS JAHREN hatten die Amerikaner nur die Vanguard (rechts) zur Verfügung. Sie schaffte einen dreipfüßigen Satelliten. Die Russen hatten stärkere Raketen — bis am 29. Januar 1964 die riesige Saturn (links) alle Rekorde brach. Foto: dpa

Unsere Stärke zwang Kreml zur Entspannung

Die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion haben nach Ansicht des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara nachgelassen. Der Kampf gegen den Kommunismus ist jedoch noch lange nicht vorüber, betonte der Minister vor dem Militärausschuß des Repräsentantenhauses.

McNamara führte als Grund für die veränderte sowjetische Haltung die wachsende militärische Stärke der USA im Verlauf der letzten drei Jahre und

die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion an. Gleichzeitig bezweifelte er, daß Rotchina wegen seiner wirtschaftlichen Misere und wegen seines Konflikts mit Moskau in diesem Jahr zu größeren militärischen Aktionen fähig sein könne.

In einem Überblick über die Verteidigungsmaßnahmen der USA zählte der Minister im einzelnen auf:

- Vermehrung des Potentials

an Kernwaffen um hundert Prozent;

- Erhöhung der einsatzbereiten Divisionen um 45 Prozent;

● Vergrößerung der taktischen Jagdgeschwader der Luftwaffe um ein Drittel;

- Zunahme des Lufttransports um 75 Prozent.

In der anschließenden Aussprache führte McNamara aus, daß die taktischen Atomstreitkräfte in Europa um 60 Prozent erhöht wurden und daß die in Europa stationierten Atomstreitkräfte einen sowjetischen Angriff abwehren könnten, weil die Stärke der in Europa vorhandenen Ostblock-Divisionen überschätzt worden sei.

Moskau den Rücken gekehrt

Sechs afrikanische Studenten, die bisher in Moskau studierten, sind gestern abend mit dem Moskau-Paris-Express in West-Berlin eingetroffen. Sie erklärten, daß sie ihr Studium in der Sowjetunion vorzeitig abgebrochen hätten und jetzt in West-Berlin und der Bundesrepublik weiterstudieren wollten. Aus unterrichteten Kreisen verlautete, daß bisher offiziell etwa 20 aus Moskau vorzeitig abgereiste afrikanische Studenten in West-Berlin registriert wurden.

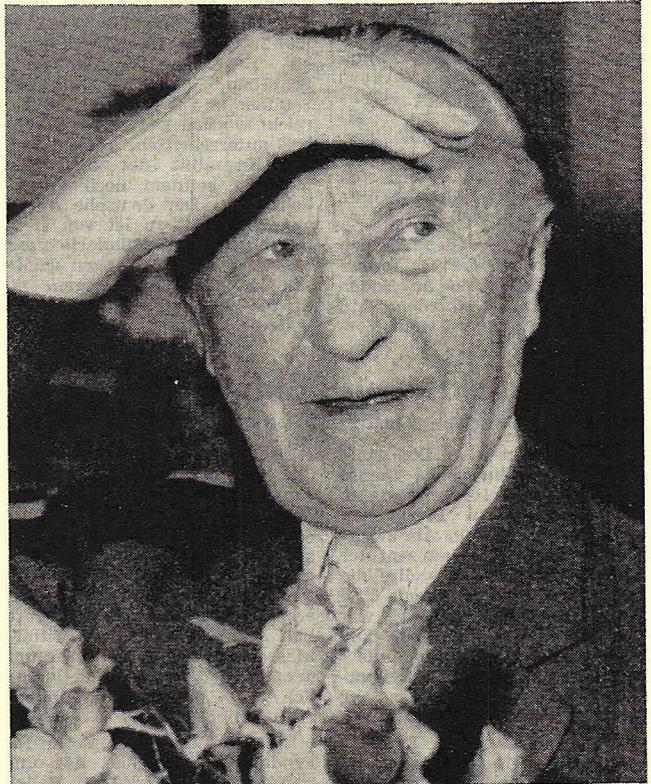
1710 Wissenschaftler kamen

34 Wissenschaftler sind im vergangenen Jahr aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik geflüchtet. Nach Angaben des Bundesvertriebenenministeriums stieg damit die Zahl der seit 1958 geflohenen Wissenschaftler auf 1710 an.

Davon sind 129 Professoren, 133 Dozenten und 243 Lehrbeauftragte. Von den Geflüchteten sind 511 Mediziner, 486 Naturwissenschaftler, 276 Geisteswissenschaftler, 216 Arbeiter in technischen Fächern, 129 Land- und Forstwirtschaftler. 92 gehörten sonstigen Fakultäten an.

1963 mehr gespart

Der Spareinlagenbestand der deutschen Sparkassen ist im vergangenen Jahr um 7,41 auf 51,82 Mrd. DM gestiegen. Der Zuwachs für 1963 liegt damit um 26 % über dem Vorjahr. Am stärksten stiegen die Ersparnisse beim prämienspendenbegünstigten Sparen. Hier erhöhten sich die Einlagen um 1,4 auf 4,16 Mrd. DM. 1962 waren die Einlagen der Prämienparer nur um 980 Mill. DM gestiegen.



AUCH AN SEINEM 88. GEBURTSTAG ist es bei der Vitalität Konrad Adenauers schwer zu sagen, ob er Rückschau oder Ausschau hält.

Deutsche Werftindustrie noch an dritter Stelle

Tempo im Weltschiffbau hat sich verschärft — Über 9 Mill. BRT neuer Schiffsraum im Jahre 1963

Mit 2088 Neubauten, die eine Tonnage von 9 028 210 BRT haben, ist 1963 das zweitbeste Jahr in der Geschichte des Schiffbaus (außerhalb der Kriegsjahre) geworden. Im Jahre zuvor waren in der Welt (ohne UdSSR, Sowjetzone und Volksrepublik China) 1882 Schiffe mit 8,18 Mill. BRT und 1961 1973 Schiffe mit 8,06 Mill. BRT fertiggestellt worden.

Das Ergebnis des Rekordjahres 1958 von 9,06 Mill. BRT wurde nicht ganz erreicht. Das letzte Quartal 1963 brachte mit 2,95 Mill. BRT einen neuen Rekord für einen Vierteljahreszeitraum.

Die starke Neubautätigkeit ist auf das Bestreben der Reeder zurückzuführen, ihren Schiffsraum an die sich ändernden Gegebenheiten in der Weltschifffahrt anzupassen, sie insbesondere leistungsfähiger, rationeller und schneller zu machen. Infolge des scharfen Wettbewerbs sind ältere Schiffe nicht mehr rentabel.

In Hinblick auf den Antrieb der Schiffe hat die Dampfmaschine wieder etwas an Boden gewonnen. Es wurden 126 Dampfschiffe (gegen 114 im Vor-

jahr) abgeliefert mit einer Tonnage von 3 061 409 (2 441 680) BRT. Dadurch stieg ihr Anteil am gesamten fertiggestellten Schiffsraum auf 33,9 (30) %. Neu in Dienst gestellt wurden weiter 1912 (1768) Motorschiffe mit 5 966 801 (5 740 626) BRT. Während sich die Durchschnittsgröße der Dampfer — durchweg Turbinenschiffe — auf 24 294 BRT belief, haben die mit Dieselmotoren angetriebenen Einheiten im Durchschnitt nur eine Größe von 3121 BRT.

Von bundesdeutschen Werften wurden im Berichtsjahr zwar weniger Schiffe, doch eine gegenüber dem Vorjahr erhöhte Tonnage abgeliefert, und zwar 192 (234) Schiffe mit 1 054 218 (967 213) BRT. Das bisher höchste Ergebnis im deutschen Schiffbau, das 1958 mit 375 Schiffen und 1 355 000 BRT erreicht worden war, blieb erheblich unterschritten, obwohl sich die Kapazität der deutschen Werften seitdem noch ausgedehnt hat. Der deutsche Anteil am Weltschiffbau ist von 15 % im Jahre 1958 kontinuierlich auf 11,7 % — der niedrigsten Quote seit 1952 — zurückgegangen. Die dritte Position konnte jedoch noch behauptet werden.

Autoindustrie mit Produktionsrekord

Export wuchs um fast 21 % — Einfuhren gesunken

bo Frankfurt a. M. Die deutsche Automobilindustrie konnte 1963 den bereits erwarteten neuen Rekord in Produktion und Export erzielen. Als zweitgrößter Automobilproduzent der Welt nach den USA stellte die Bundesrepublik insgesamt 2,67 Mill. Automobile her; das waren 13,2 % mehr als 1962. Die Produktionsentwicklung innerhalb der einzelnen Fahrzeugarten war im vergangenen Jahr recht unterschiedlich.

Der Hauptanteil der Produktion entfiel, wie üblich, auf die Personewagen, deren Ausstoß sich um 12,4 % auf 2,19 (d. V. 1,94) Mill. Einheiten erhöhte. Dabei konnten die Kleinwagen mit einem Hubraum von 0,5 bis

1 Liter mit einem um 59,5 % auf 0,39 Mill. Autos den steilsten Aufstieg verzeichnen. In erster Linie dürfte dieser Zuwachs auf den Opel Kadett zurückzuführen sein, dessen Produktion im vergangenen Jahre in dem neu errichteten Werk Bochum zum ersten Male mit voller Kraft lief. Die Wagen der Mittelklasse von 1 bis 2 l Hubraum stiegen in der Fertigung lediglich um 7,6 % auf 1,71 (1,59) Mill. Einheiten.

Bei den Lastwagen nahm die Produktion insgesamt nur um 2,4 % auf rund 240 000 Fahrzeuge zu. Dabei ergaben sich Produktionserhöhungen zwischen 17,7 und 40,2 % in den Gewichtsklassen von 2 bis 8

Tonnen, während in den anderen Klassen mit Ausnahme der überschweren Laster über 16 t durchweg Produktionsrückgänge eintraten.

Der deutsche Automobilexport (ohne Teilesätze) erhöhte sich um 20,9 % auf über 1,33 Mill. Fahrzeuge. Für den Absatz im Inland verblieben also 1,34 Mill. Kraftwagen gegen 1,25 Mill. im Vorjahr.

Export wuchs um mehr als 10 %

Die deutsche Außenhandelsbilanz schloß im vergangenen Jahr mit einem Überschuß von 6 Mrd. DM gegenüber nur 3,5 Mrd. DM im Jahre 1962.

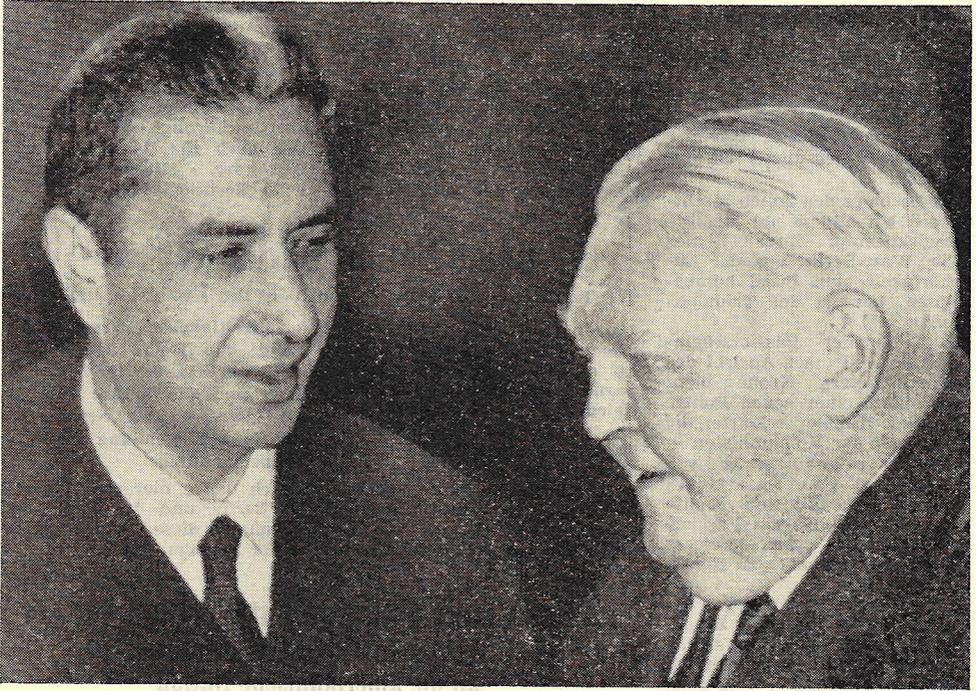
Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden 1963 von der deutschen Wirtschaft Waren im Werte von 52,3 Mrd. DM eingeführt und für 58,3 Mrd. exportiert. Das sind bei der Einfuhr 5,6 % und bei den Exporten 10,1 % mehr als im Vorjahr, in dem die Importe 49,5 Mrd. DM und die Ausfuhren 53 Mrd. DM betragen hatten.

EWG an dritter Stelle

Das reale Bruttosozialprodukt hat sich seit Inkrafttreten des EWG-Vertrages 1958 in den sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes bis 1963 um 30 % erhöht, während es in der gleichen Zeit in den USA um 22 % und in Großbritannien um 16 % zunahm. Das geht aus einer von der EWG-Kommission veröffentlichten Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung zwischen 1958 und 1963 hervor.

Über 27 Mill. Chemie-Umsatz

Der Umsatz der chemischen Industrie in der Bundesrepublik ist 1963 nach vorläufigen Angaben um etwa 7½ % auf 27,2 Mrd. DM gestiegen. Wie der Vorstandsvorsitzende der Badische Anilin- & Sodafabrik AG, Ludwigshafen, Prof. Carl Wurster, in Frankfurt erläuterte, ist der Export der chemischen Erzeugnisse wesentlich stärker gewachsen. Er nahm um 15 % auf fast 8 Mrd. DM zu. Dabei sind die Ausfuhren nach den EWG-Ländern stärker gestiegen als nach dem EFTA-Raum.



Bundeskanzler Erhard und der italienische Regierungschef Moro

Erhard beendete erste Besuchsrunde

Die „erste Runde“ seiner politischen Gespräche mit den engsten Verbündeten der Bundesrepublik beendet Bundeskanzler Erhard mit seinem Besuch in Rom.

Der Besuch des deutschen Bundeskanzlers steht nach Ansicht unterrichteter römischer

Kreise unter günstigen Vorzeichen. Auch in Bonn verzeichnet man mit Genugtuung einen Rückgang polemischer Diskussionen über deutsche Probleme in Italien. Beide Seiten unterstreichen anlässlich der bevorstehenden Reise ihren Willen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit.

Abschluß der Tagung auf einer Pressekonferenz mit. Amrehn meinte, dies stehe nicht in Widerspruch zur Billigung der Passierscheinvereinbarung durch die Bundesregierung.

Agent Pankows und Moskaus

Hofé war 15 Jahre als Agent tätig

Generalbundesanwalt Martin hat in einer Presseerklärung bekanntgegeben, daß der seit dem 6. Oktober 1963 in Untersuchungshaft befindliche Direktor des sowjetzonalen „volkseigenen“ Verlages der Nation, Hofé, sich seit etwa fünfzehn Jahren als Nachrichtenagent für die Sowjetzone und für die Sowjetunion betätigt habe. Für den sowjetischen Geheimdienst habe Hofé bestimmte Aufträge ausgeführt. Gleichzeitig sei er Mitarbeiter des sowjetzonalen Ministeriums für „Staatsicherheit“ (MfS) gewesen.

„Ein Freund Englands“

Von britischer Seite wird die erste Englandreise Bundeskanzler Erhards als der Beginn eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen Engländern und Deutschen gewertet. Londoner Kommentatoren betonen, die Gelegenheit für eine tiefgreifende Verbesserung der deutsch-britischen Beziehungen sei seit dem Kriege nie so günstig gewesen wie im gegenwärtigen Augenblick, da an der Spitze der Bundesrepublik ein Freund Englands als Bundeskanzler stehe.

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende in Berlin

Die Konferenz der Vorsitzenden und Geschäftsführer der CDU/CSU-Frakturen der Länderparlamente und des Bundestages, die gestern nach zweitägiger Dauer in Berlin beendet wurde, habe eine „starke Solidarität“ in der Bewertung der Gefahrenmomente, die nach Ansicht der Berliner CDU in der Passierschein-Regelung vom 17. Dezember lägen, erkennen lassen. Das teilte der Berliner CDU-Vorsitzende Amrehn nach

Klärung tut not

Die Passierscheinaktion, die für 18 Tage mehr als eine Million Westberliner wieder für einige Stunden mit ihren Angehörigen im östlichen Teil der Stadt zusammenführte, ist abgelaufen.

Wie sehr es den Zonen-Machthabern bei alledem nur um die Verwirklichung ihres Planes geht, West-Berlin aus der Zugehörigkeit zum Bund herauszulösen, beweist der Triumphgesang.

Die Berliner Passierscheinregelung stellt nach Ansicht des Sonderministers Krone nicht den Beginn einer neuen Politik dar. Der Minister erklärte, die Herrschaft der Kommunisten in Mitteldeutschland werde von sowjetischen Panzern gestützt. Es wäre eine Illusion, wollte man glauben, daß mit Passierscheinen ein aussichtsreicher Kampf gegen Panzer zu führen sei.

Krone wandte sich gegen jeden Versuch, mit der Zonen-Regierung Abkommen zu schließen oder sie anzuerkennen. Es könne vom deutschen Volk nicht erwartet werden, daß es die von den Kommunisten errichteten Grenzen durch Deutschland und Berlin auf dem Umweg über ein internationales Abkommen über den Gewaltverzicht bei der Regelung territorialer Fragen anerkenne. Es möge Politiker geben, die glauben, daß der Osten bei einer solchen Politik auf weitere Sicht den kürzeren zöge. „Wir hören in diesen Tagen manches von der Überlegenheit der westlichen Ideen. Es ist richtig, daß die westlichen Ideen überlegen sind. Aber nur dann, wenn sie sich in einer freien Konkurrenz bewähren können.“

Bei den weiteren Kontaktgesprächen wird die Führung



Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Müller, 1 Berlin 42, Siegtweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

stärker als in der ersten Gesprächsrunde bei der Bundesregierung liegen. Der Senat wird also gewissermaßen als Beauftragter der Bundesregierung in Funktion treten.

Wie verlautet, erwarten vor allem die Amerikaner von den neuen Gesprächen eine Probe aufs Exempel der östlichen Ver-

handlungsbereitschaft. Von ihrem Ausgang dürften sie ihre weiteren Schritte auf dem größeren internationalen Entspannungsgelände abhängig machen. Als eigentlicher Prüfstein gilt die Gewährung von Freizügigkeit auch für Ostberliner und Bewohner Mitteldeutschlands beim Besuch West-Berlins.

Home betont Berlin-Rechte

Warnung an Moskau — Zone keine Rechte einräumen

London — Der britische Premierminister Douglas-Home hat die Sowjetunion davor gewarnt, eine Bedrohung des freien Zugangs nach West-Berlin durch das Sowjetzonen-Regime zuzulassen. In seiner Antwort auf die Neujahrsbotschaft Chruschtschows, in der dieser einen internationalen Verzicht auf Gewalt als ein Mittel zur Regelung territoria-

ler Streitigkeiten vorgeschlagen hatte, hob Home hervor, daß nicht nur das Territorium, sondern auch die Rechte und Lebensinteressen aller Staaten gegen Gewaltanwendung geschützt werden müßten.

„Ich denke hier zum Beispiel an Berlin und das Recht auf Zugang zu dieser Stadt“, erklärte der Premier.

Johnson sagt günstige Entwicklung voraus

Erste Wirtschaftsbotschaft des Präsidenten an die amerikanische Nation

Präsident Johnson hat in seiner ersten Botschaft über die Wirtschaftslage der Nation ein überaus günstiges Bild gezeichnet und ein Anhalten der Prosperität vorhergesagt, falls der Kongreß das von der Regierung vorgelegte Steuersenkungsprogramm rasch verabschiedet. Einige Besorgnis bereiteten lediglich gewisse Preiserhöhungen in den letzten Monaten. Alle zuständigen Regierungsstellen seien angewiesen, besonders auf inflationäre Tendenzen zu achten und ihnen unverzüglich entgegenzutreten.

1963 habe die wirtschaftliche Expansion weitere Fortschritte gemacht und die Amerikaner „einen großen Schritt vorwärts auf dem Weg zu einem besseren Leben“ gebracht. Der Präsident zählte folgende Ergebnisse auf, für die es bisher keine Parallelen in der Geschichte gegeben habe: Das Bruttosozialprodukt überstieg zum Jahresende 600 Mrd. Dollar; das Pro-Kopf-Einkommen der Amerikaner erreichte einen Durchschnitt von 2500 Dollar; die Unternehmergewinne betragen (nach Steuerabzug) mehr als 25 Mrd. Dollar; für den Wohnungsbau wurden

mehr als 25 Mrd. Dollar ausgegeben; die Zahl der Beschäftigten im zivilen Bereich überstieg 70 Millionen.

Es sei zu erwarten, sagte Johnson, daß diese günstige Entwicklung auch in diesem Jahr anhalte und daß das Sozialprodukt auf 623 Mrd. Dollar steige. Voraussetzung hierfür sei, so betonte Johnson immer wieder, daß das Steuersenkungsprogramm ohne Kürzung oder Verwässerung verabschiedet werde. Notwendig sei ferner die Verstärkung der staatlichen Erziehungsbeihilfen, die Zahlung von Krankengeld auf Grund der Sozialversicherung für alte Leute, eine Bundeshilfe für die Finanzierung von modernen städtischen Verkehrsnetzen, eine Verlängerung der Gesetzgebung auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaus, die Ausdehnung der Gesetze für den Mindestarbeitslohn und die Arbeitslosenunterstützung sowie eine besondere Hilfe für das „vergessene Fünftel der Nation“, also diejenigen 35 Millionen Amerikaner, deren Einkommen unter dem als ausreichend angesehenen Mindest-Lebensstandard liegen.

Schwarz eröffnete Grüne Woche

„Bundesregierung sieht den Preisbewegungen nicht tatenlos zu“

In Anwesenheit von Bundespräsident Lübke, mehreren ausländischen Landwirtschaftsministern, Vertretern des Diplomatischen Korps, der alliierten Stadtkommandanten sowie zahlreicher Ehrengäste und namhafter Vertreter der deutschen Landwirtschaft ist am Freitag die „Internationale Grüne Woche 1964“ durch Bundesernährungsminister Schwarz in der Deutschlandhalle eröffnet worden.

Als einen überzeugenden Beweis für das wache Bewußtsein der Zusammengehörigkeit im deutschen Volk wertete es Bundesminister Schwarz, daß die Grüne Woche trotz aller politisch bedingten Wandlungen aus dieser Stadt nicht mehr wegzudenken sei. Die Grüne Woche Berlin habe sich aber auch zu

einem Ereignis von internationalem Rang entwickelt.

Den Ländern des Ostblocks sollten die hier gezeigten Erfolge zu denken geben, ob es angesichts der andauernden Fehlschläge ihrer Agrarpolitik nicht besser wäre, ihr eigenes agrarwissenschaftliches System zu revidieren. „Wenn die Grüne

Woche von den Machthabern jenseits der Mauer wenigstens als Appell an die menschliche Vernunft verstanden würde, daß unter Zwang auf die Dauer keine Leistungen erzielt werden können, würde dies im Interesse unserer mitteldeutschen Landsleute schon ein reichlicher Lohn sein.“

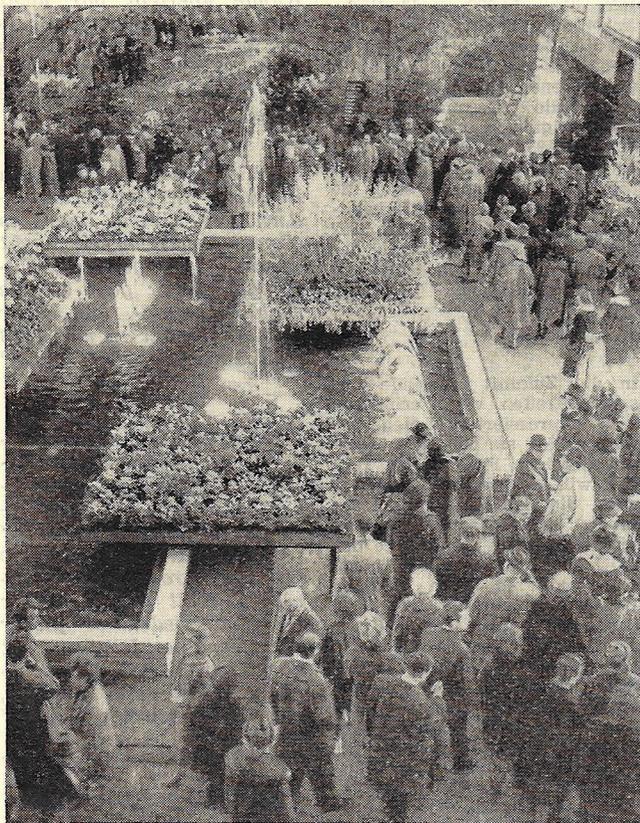
Wettbewerb um die „Goldene Ähre“

In der Kongreßhalle
80 Agrarfilme aus 35 Ländern

Mit dem seit 1960 zum dritten Male in der Kongreßhalle stattfindenden Agrarfilm-Wettbewerb hat das filmfachliche Programm der Internationalen Grünen Woche bereits begonnen. Dieser internationale Wettbewerb zeigt Bildstreifen, die sich als Unterrichtsmittel für die Landwirtschaft eignen.

Die Bedeutung, die besonders die landwirtschaftlichen Organisationen und Verbände des Auslandes diesem Wettbewerb zusprechen, geht daraus hervor, daß bei den in der Kongreßhalle bis zum 27. Januar täglich von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr für jedermann ohne Eintrittsgeld zugänglichen Vorführungen diesmal 38 Länder mit 109 Filmen vertreten sind. Zum ersten Male werden auch Fernsehfilme gezeigt, und zwar 24. Am Wettbewerb 1960 nahmen 24 Nationen mit 72 Filmen und 1962 34 Länder mit 91 Filmen teil. Zu den Ländern, die zum erstenmal mitmachen, gehören Afghanistan, Iran, Kambodscha, Tunesien, die Vereinigte Arabische Republik, Irland, Kenia, Argentinien, Jamaika und die Philippinen.

Veranstalter des Wettbewerbs sind das Bundesministerium Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Berliner Senat. In jeder der sechs Bewertungsgruppen werden von einem internationalen Preisgericht eine „Goldene“, eine „Silberne“ und eine „Bronzene Ähre“ verliehen. Zur Verfügung steht außerdem ein Sonderpreis von 5000 Mark für den Film, der sich am besten zur Vorführung in Entwicklungsländern eignet. Der Verband der Europäischen Landwirtschaft (CEA) hat 2000 Schweizer Franken für den besten Public-relation-Film bereitgestellt.



REKORDBESUCH DER GRÜNEN WOCHEN — Die oft zitierte Stecknadel konnte in den Ausstellungshallen am Funkturm nicht zu Boden fallen. Einen derartigen Ansturm hatten die Grünen Wochen nur erlebt, als unsere Landsleute aus Mitteldeutschland noch kommen konnten.

Das Internationale Arbeitsamt untersuchte die Fluktuation in Europa

Immer stärker wird die Fluktuation der Arbeitskräfte in Europa. Der Gemeinsame Markt begünstigt die Wanderbewegung. Aber auch die unterschiedliche Wirtschaftsentwick-

lung in Genf hat. In Frankreich ist nach den Angaben des Amtes die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen von 1946 bis 1954 von 7,48 Millionen auf 5,19 Millionen gesunken; bis 1960 ist ein weiterer Rückgang um rund eine Million eingetreten. In dem zweiten Zeitabschnitt war die Abnahme der männlichen Arbeitskräfte auf dem Lande erheblich stärker als die der weiblichen. Die Zahl der Industriearbeiter stieg gleichzeitig von 6,42 Millionen auf 7,05 Millionen.

In die Bundesrepublik kamen 1958 über 54 000 ausländische Arbeitskräfte, 1962 dagegen fast 400 000. Zusammen mit den jeweils in der Bundesrepublik verbliebenen Gastarbeitern betrug die Gesamtzahl der beschäftigten Ausländer am 31. Juli 1957 rund 136 300 und Ende September 1963 rund 850 000. In Frankreich stieg die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte zwischen 1958 und 1962 von 82 800 auf 113 000, in der Schweiz in der gleichen Zeit von 254 600 auf 455 750.

2000 Kinder in der Zone dürfen nicht in den Westen

In der Sowjetzone leben rund 2000 minderjährige Kinder, die nicht zu ihren Eltern in die Bundesrepublik reisen dürfen. Der Jahresbericht des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen teilte dazu mit, die SED wolle so die Eltern zu einem Umzug in die Sowjetzone zwingen.

lung in den einzelnen Ländern verursacht kräftige Wanderungen. Als Abgeber tritt dabei vor allem die Landwirtschaft auf. Interessante Zahlen veröffentlichte hierüber das Internationale Arbeitsamt, das seinen Sitz

Rekord der Grünen Woche: 512 000 Besucher

Die Internationale Grüne Woche ging nach zehntägiger Dauer und einem Rekordbesuch von 512 000 Interessenten — im Vorjahr waren es 427 500 — zu Ende. Die Aussteller aus vierzig Staaten waren durchweg mit den Geschäftsabschlüssen zufrieden. Das besonders rege Interesse der Konsumenten an dem Sortiment internationaler Spezialitäten spiegelt sich in einigen Zahlen wider: Es wurden 60 000 halbe Hähnchen verkauft, 300 000 Glas Wein ausgeschenkt und eine Million Käseproben verteilt.

Der CDU-Gesundheitskongreß

Der 1. Gesundheitspolitische Kongreß der CDU in Oberhausen ist zu Ende. Die Union hat durch diese erfolgreiche und

in die Zukunft weisende Zusammentreffen von Fachleuten und interessierten Laien bewiesen, daß sie bei der Lösung so wichtiger Fragen das Ihre tun will. In seiner Abschlußrede, die das Fazit des Kongresses zog, machte der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues, klar, daß es auch in der Behandlung von Fragen der Gesundheitspolitik keine Kompetenzschwierigkeiten innerhalb der Union geben werde. Gerade weil sich die CDU mit der föderativen Ordnung der Bundesrepublik einverstanden erkläre, fühle sie sich dazu berufen, vermittelnd zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu wirken. Der geschäftsführende Vorsitzende appellierte an die rund 700 Teilnehmer des Kongresses, die Zusammenarbeit mit der CDU auch in Zukunft zu pflegen, um in einem offenen Meinungsaustausch das Beste für das Gesamtwohl zu erreichen.

Der Witz als Protest

„Wie heißen die vier kritischen Perioden des Siebenjahresplanes der DDR?“

Antwort: „Frühling, Sommer, Herbst und Winter.“

★

Den HO-Lebensmittel-Laden betritt ein Kunde. Die Verkäuferin fragt: „Sie wünschen bitte?“ Der Kunde: „Ein Päckchen Tee.“ Die Verkäuferin: „Russischen oder chimesischen?“ — Der Kunde überlegt gar nicht erst lange, sondern antwortet prompt: „Dann ist es wohl doch besser, wenn Sie mir hundert Gramm Kaffee geben.“

★

„Wie geht's?“ fragt ein Besucher in Ost-Berlin. — Antwort: „Wenn man es einmal genau besieht, geht es uns jetzt eigentlich relativ gut. Zwar geht es uns schlechter als 1962, aber immerhin geht es uns 1963 bestimmt besser als 1964.“

★

Kunstaussstellung in Dresden. Zwei Besucher betrachten kritisch eine Bronzebüste Walter Ulbrichts. — „Was halten Sie davon?“ fragt der eine. — „Nun, sie hat zwei große Fehler, zunächst fehlt die Inschrift: Ruhe in Frieden.“ — „Aber der Genosse Ulbricht ist doch gar nicht tot“, entgegnete der erste. „Stimmt, das ist der zweite Fehler.“

Test-Institut nach Berlin

Das von der Bundesregierung geplante Warentest-Institut soll seinen Sitz in Berlin erhalten. Dies teilte der Berliner Regierende Bürgermeister gestern in einer Rundfunk-Sendung mit.